



Donald Trump vor dem Weissen Haus.
Quelle: Keystone

GASTKOMMENTAR

Deals, deals, deals: Des Kaisers neue Handelsabkommen

Ein Meinungsbeitrag von Siegfried Weichlein.

Siegfried Weichlein

Publiziert: Heute, 09:12 Uhr



Artikel hören



Als US-Präsident Donald Trump am 2. April Zölle ankündigte und einen «Liberation Day» ausrief, begründete er die Massnahmen damit, dass «unser Land jahrzehntelang geplündert und ausgeraubt wurde von Nationen nah und fern» und bezeichnete es als Reaktion auf einen wirtschaftlichen Notstand. Der US-Präsident berief sich dabei auf seinen Vorgänger William McKinley, den 25. Präsidenten der USA (1897–1901). Trump zitierte ebenfalls McKinleys Begründung: «Wir werden die Plünderung unseres Landes nicht zulassen.» 1890 hatte er als Kongressabgeordneter den McKinley-Zolltarif ausgearbeitet. Als Präsident erliess er 1897 den Dingley-Tarif. Aus Begeisterung für McKinley benannte Trump den Mount Denali in Alaska wieder in Mount McKinley um, wie er bis zu Präsident Obamas Umbenennung im Jahr 2015 geheissen hatte. Trump übersah bewusst, dass McKinley gegen Ende seiner Amtszeit weitaus skeptischer gegen Zölle war.

Dennoch ist die Zollpolitik von Donald Trump keineswegs ein Novum in der US-Geschichte. Sein Vorgehen, Zölle als flexibles Werkzeug einzusetzen – mal zu erhöhen, mal zu senken («Zölle hoch, Zölle runter») –, folgt einer langen historischen Tradition in den Vereinigten Staaten. Zölle spielten tatsächlich bereits in der Gründungsgeschichte der USA eine wichtige Rolle. Die USA entstanden aus einem Zollprotest gegen das britische Empire. Die nordamerikanischen Freistaaten wandten sich gegen die britischen Zölle, was zur Boston Tea Party 1773 führte. Zölle liegen traditionell in der Hand des Kongresses und nicht der Exekutive und werden nach Abgeordneten benannt, die sie ausarbeiten, was Trump missachtet.

Die USA erhoben bis weit ins 20. Jahrhundert hinein selbst Zölle. Der erste Finanzminister Alexander Hamilton verteidigte die Zölle von Präsident George Washington in seinem Report on Manufactures. Nach 1800 stiegen die Zölle an bis zum «Tariff of Abominations» («Zoll der Gräuel») von 1828. Dieser Tarif sollte den Handel im Norden schützen. Die Südstaaten hingen dagegen vom Export von Baumwolle ab und waren somit für den Freihandel. Dieser Riss in der Frage der Zölle vertiefte die Spaltung zwischen Norden und Süden, was schlussendlich zum Bürgerkrieg führte. Die amerikanische Geschichte war bis in die 1930er-Jahre hinein von einer protektionistischen Zollpolitik geprägt. Die freihändlerische Gegenposition hatte bereits Adam Smith im späten 18. Jahrhundert vertreten. Seine Verteidigung

des Freihandels in «Wealth of Nations» kam auf breiter Linie aber erst nach 1945 zum Zug, als europäische und asiatische Industrien zerstört waren und die US-Wirtschaft realisierte, dass Zölle ihr schaden.

Dennoch ist die Vorliebe Trumps für Präsident McKinley und sein Bezug auf die lange Tradition von Zöllen eher ahistorisch. Mehrere Diskrepanzen fallen auf, die Trumps historische Einbettung seiner Zölle willkürlich und oberflächlich erscheinen lassen:

Erstens dienten Zölle vor der Entstehung des modernen Steuerstaates dazu, staatliche Einnahmen zu generieren. Das war bei der britischen Seite mit ihrer riesigen Staatsverschuldung nach dem Siebenjährigen Krieg, der 1764 zu Ende ging, genauso der Fall wie bei den jungen Vereinigten Staaten unter Präsident Washington nach 1789. Zölle waren eine einfache Art der Staatsfinanzierung. Sie wurden somit auf alle Güter erhoben. Washingtons zweites Zollgesetz von 1789 erhob etwa fünf Prozent auf alle Importe.

Zweitens sind Schutzzölle ein Kennzeichen der Frühgeschichte der Industrialisierung. Im 19. Jahrhundert sollten sie die eigene Industrie schützen und vor auswärtiger Konkurrenz schützen. Der deutsch-amerikanische Ökonom Friedrich List nannte sie «Erziehungszölle». Sie sind eng mit der Industriegesellschaft verknüpft. Im postindustriellen Zeitalter dominieren dagegen Dienstleistungen, die einen weitaus grösseren Anteil am Bruttosozialprodukt ausmachen als Industrieprodukte. Ihr Schutz ist sehr viel schwerer möglich. Zölle dienen heute dagegen dem Schutz sterbender Industrien.

Drittens führte die Geschichte der Zollpolitik und des Protektionismus zum Zusammenbruch des Welthandelssystems in den 1930er-Jahren. Grossbritannien und die Vereinigten Staaten machten dafür das Fehlen von internationalen Kommunikationsstrukturen und -institutionen verantwortlich, die verbindliche Rahmenbedingungen für den Welthandel schaffen konnten. Am Ende des Zweiten Weltkriegs beschlossen die Alliierten im Jahr 1944 somit nicht nur ein neues Weltwährungssystem in Bretton Woods, sondern auch eine neue Welthandelsordnung, genannt «General Agreement on Tariffs and Trade», kurz GATT. Es baute Handelsbarrieren ab, stabilisierte den Welthandel und trat 1948 in Kraft, musste jedoch alle fünf Jahre neu verhandelt werden. 1994 wurde es in die Welthandelsorganisation

«World Trade Organization» WTO überführt, die verbindliche Rahmenbedingungen für Handelsverträge schuf, ohne dass ständig neu verhandelt werden musste.

Die WTO ist der eigentliche Gegner von Donald Trump. Sie garantiert eine regelbasierte Welthandelsordnung. Gegen sie richtet sich die Politik der US-Regierung. Trump wirft der WTO vor, China zu begünstigen und in die nationale Souveränität der Mitgliedsländer einzugreifen. Mangelnde Reziprozität im Welthandel benachteilige die USA massiv. Daher nennt er seine Zölle auch reziproke Zölle, auch wenn die Gegenseite gar keine erhebt. Für Trump stellen die WTO und die Handelspolitik anderer Staaten unfaire Bedingungen zulasten der US-Wirtschaft dar.

An die Stelle des regelbasierten Systems der Welthandelsorganisation, das jedoch schon vor Trump unterlaufen und verletzt worden war, sollen nach seiner Meinung Deals treten. Das bilaterale «deal making» ist seine Zukunftsvision für die Weltwirtschaft. Dabei positioniert er sich flexibel, verhandelt gleichzeitig mehrere Abkommen und übt gehörigen Druck aus, wenn es ihm passend erscheint.

Dabei spielen Inszenierung und Bluff eine wichtige Rolle. Die Europäische Union habe in einem Deal den USA 600 Milliarden Dollar Investitionen zugesagt, was Trump als «Geschenk» bezeichnete. «600 Milliarden Dollar, um in alles zu investieren, was ich will. Alles. Ich kann damit alles machen, was ich will.» Der Ökonom Paul Krugman bezeichnet das als «des Kaisers neues Handelsabkommen: Trump stolziert herum, fühlt sich sehr beeindruckt von sich selbst, aber in substantieller Hinsicht ist er vollkommen nackt». Die EU hatte nämlich keine Kompetenz, solche Investitionen zu versprechen. Europäische Nationen sind keine Kommandowirtschaften, in denen die Regierung dem Privatsektor vorschreiben kann, wo investiert werden soll. Das wissen die Aktienmärkte und bleiben somit auch gelassen.

Nur 13 Prozent der amerikanischen Arbeitnehmerschaft ist noch im verarbeitenden Gewerbe tätig. Das grundsätzliche Problem der Handelspolitik von Donald Trump liegt nicht zuletzt darin, dass das «again» in «Make America Great Again» auf eine Reindustrialisierung mit sehr viel mehr industriellen Arbeitsplätzen hinausläuft. Auch wenn

demokratische Mehrheiten ihn dabei unterstützen, wird Trump die Uhr aber schwerlich zurückdrehen können. Daher nutzt er Zölle immer häufiger für politische Zwecke, wenn er Brasilien für den Prozess gegen Bolsonaro oder Kanada für die Absicht, Palästina anzuerkennen, mit Zöllen belegt. Zölle entwickeln sich zunehmend zu einem politischen Druckmittel im Rahmen bilateraler Verhandlungen.

Zum Autor:

Siegfried Weichlein ist ordentlicher Professor für Europäische und Schweizerische Zeitgeschichte an der Universität Freiburg.

Anzeige

Mehr zum Thema

👉 Aussenpolitik 👉 Historisches 👉 Welthandel 👉 US-Zölle

Ist dieser Artikel lesenswert?



Kommentare

Schreiben Sie einen Kommentar...

Es existieren noch keine Kommentare zu diesem Beitrag.

Weitere Meldungen



FREIBURG

Linker Angriff auf Groupe-E-Verwaltungsratsmandat von Nicolas Kolly scheitert



FREIBURG

Der Freiburger Gemeinderat Pierre-Olivier Nobs stellt sich zur Wiederwahl



FREIBURG

Der Freiburger Gemeinderat Pierre-



FREIBURG

Der Regionalverband des Saanebezirks sagt

Olivier Nobs stellt sich zur Wiederwahl

einstimmig Ja zu neuen Aufgaben

FREIBURG

**Die Stadt Freiburg
präsentiert ihren
Klimaplan**

USA

**Kimmels US-Talkshow
wegen Kirk-Äusserungen
vorerst abgesetzt**

PARLAMENT UNTER DER LUPE

**Warum SP-Anhänger
besser Grüne wählen
sollten: 4 spannende
Fakten zur Halbzeit im
Bundeshaus**

FREIBURG

**Kanton will
Ausländerinnen und
Ausländer an die
Wahlurnen bringen**

 mit Foto

 mit Foto

FREIBURG

Für Spannung wird wohl nur eine einzige Abstimmung sorgen

 mit Foto

GELDWÄSCHEREI MIT IMMOBILIEN

Für die Rechte ist es ein «ehrbares Geschäft», für die Linke ein Einfallstor

 mit Foto

WOCHENKOMMENTAR

Der Staatsrat pokert mit seinem Sparpaket hoch – zu hoch?

FREIBURG

 1

«Wir müssen den Eigenmietwert endlich abschaffen» – «Die Vorlage ist eine reine Mogelpackung»

 mit Foto

Freiburger Nachrichten
AG

Unternehmen

Impressum

Datenschutz

AGBs

Werbung

Abonnement

